

Kitzingen. Die SPD im Landkreis Kitzingen begrüßt die Entscheidung von Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner, die Aussaat der Genmaissorte MON 810 zu verbieten. Bisher hatte die CSU in Bayern immer anders argumentiert als in Berlin. Jetzt endlich habe Frau Aigner die Bedenken der Menschen ernst genommen und sei auf die Linie der SPD eingeschwenkt: Bereits im März hat Umweltminister Sigmar Gabriel dazu beigetragen, dass die Europäische Union nicht gegen das Anbauverbot in Österreich und Ungarn vorgehen konnte. Damit hat er den Grundstein für die jetzt vollzogene Entscheidung gelegt. Das habe MdL Volkmar Halbleib anlässlich der Demonstration in Prichsenstadt noch einmal deutlich gemacht. Kreisvorsitzender Heinz Galuschka lobte den unermüdlichen Einsatz von Petra Haas Weiglein und Christoph Baare im Bündnis gegen Gentechnik im Landkreis Kitzingen. Dieses Bündnis habe die Bedenken der Menschen in unserer Region gegen die Agro-Gentechnik gebündelt und zum Ausdruck gebracht. Galuschka bedankte sich auch bei MdB Frank Hofmann, der sich in Berlin für einen gentechnikfreien Landkreis Kitzingen eingesetzt hat.

Warum die Kreistagsfraktion der CSU eine zweitägige Klausur zu der Aussage braucht, das Ehrenamt im Kreis zu fördern, fragt sich die Landkreis SPD anlässlich ihrer Vorstandssitzung. „Wer das Ehrenamt weiter ausbauen und fördern will, muss auch mehr ins Ehrenamt investieren“, meint Robert Finster. Und da sei zunächst einmal die Bayerische Staatsregierung gefordert, die mit ihrer Kahlschlagpolitik der vergangenen Jahre viele Organisationen der Sportförderung, des Naturschutzes, der Kinder- und Jugendarbeit, der Kirchen, Vereine und Interessenverbände vor riesige Probleme gestellt habe. Bürgerschaftliches Engagement lasse sich nicht verordnen. Es muss mit verbesserten rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen ausgestattet werden. Dazu dient das Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, das 2007 unter Federführung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück entstanden und mit einem Volumen von ca. 490 Millionen Euro ausgestattet wurde, ergänzt MdB Hofmann. Der Bund habe seine Hausaufgaben gemacht, jetzt sei es an der Zeit, dass auch das Land Bayern seinen Verpflichtungen nachkomme, damit auch in Bayern das Ehrenamt attraktiv bleibe.